

Bernadette und Joachim Gottschalk [REDACTED] D-30880 Laatzen

Buergermeister@laatzen.de
Per E-Mail an die Mitglieder des Rates der Stadt Laatzen

Herrn
Bürgermeister Kai Eggert
Mitglieder des Rates der Stadt Laatzen
Stadt Laatzen
Marktplatz 13
30880 Laatzen

Freitag, 13. Dezember 2024

Petition
Aufforderung an den Rat der Stadt Laatzen
jeglichen Antisemitismus
– vgl. Resolutionen des Deutschen Bundestages vom 7.11.2024 und 18.1.2018 –
mit seinen antisemitischen Herabwürdigungshandlungen
und Judenhassangriffen in Laatzen
zu verurteilen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Eggert,
sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Rates der Stadt Laatzen,
die Stadt Laatzen hat seit über zehn Jahren zu den brutalen antisemitischen Angriffen auf Schoaüberlebende, auf Angehörige der Ermordeten der Schoa, auf Juden – unsere Familie - keine Stellung bezogen, keine Verurteilungen zu den nachfolgend aufgeführten Angriffen ausgesprochen. Trotz der vielfachen Aufforderungen von Angehörigen der Ermordeten der Schoa des In- und Auslandes die konkret benannten Herabwürdigungen und Angriffe zu verurteilen, ist die Stadt Laatzen mit ihrem Bürgermeister und ihrem Rat schweigsam geblieben.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Eggert,
sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Rates der Stadt Laatzen,
nochmals werden Sie hiermit aufgefordert, auf der Grundlage der Resolutionen des Deutschen Bundestages vom 7.11.2024 und vom 18.1.2018, die nachfolgenden Herabwürdigungen und Angriffe zu verurteilen.

1.

Das Haus einer jüdischen Familie – unserer Familie - wurde mehrfach durch Gewaltanwendungen, durch Zerstörung des Hauseinganges und durch vielfältige Besudelungen mit schwarzer Teerfarbe beschädigt.

2.

Des Nachts wurde die Haustürnummer des Hauses der jüdischen Familie – unserer Familie - von Mitgliedern der Partei „Die Rechte“ aus Braunschweig verklebt.

3.

Am Volkstrauertag 2013 wurde von einem Ratsmitglied des Rates der Stadt Laatzen die Gedenkzeremonie an die Toten der Weltkriege, an die Ermordeten der Schoa vor einer Kirchenkapelle als „erbärmlich“ bewertet.

4.

Das Ereignis zu 3. entwürdigte das Judentum. Der Deutsche Bundestag hat deshalb aufgrund der Petition einer hiervon persönlich betroffenen ungarisch-britischen Schoaüberlebenden aus London am 26.2.2015 benannt:

Regardless of this, the Committee underlines that the unacceptability of anti-Semitism in our free, democratic society is completely beyond question. Anti-Semitism is a problem which concerns us all. Policy-makers have a duty to promote resolute action against all forms of anti-Semitism.

Local authorities, the *Länder* and the Federation all have a responsibility in this context. Past measures taken to fulfil this responsibility have included the establishment of an expert body made up of academics and practitioners to produce a report on anti-Semitism in Germany and make recommendations on drawing up and further developing programmes to combat anti-Semitism.

The report of this expert body was completed in the autumn of 2011. The result of two years of work, this lengthy and exhaustive report is contained in Bundestag printed paper 17/7700. A copy of the report has been made available to the petitioner.

Dieses herabwürdigende Geschehnis hat weltweit und hierbei insbesondere bei jüdischen Gemeinden maßlose Empörung ausgelöst.

Die Stadt Laatzen, ihr Rat, ihre Ratsmitglieder haben dazu geschwiegen. Die Stadt Laatzen hat eine Zustimmung zu der am 26.2.2015 vom Deutschen Bundestag vorgenommenen Antisemitismuserklärung nicht vorgenommen.

5.

Der Gedenkort für die Erinnerung an die Jüdische Gemeinde Gleidingen wurde als Kloake für Hundekot benutzt.

6.

Am Volkstrauertag 2014 wurde das Gedenken an die Ermordeten der Schoa öffentlich durch den Ausruf „So ein Mist hier“ herabgewürdigt.

7.

Am Volkstrauertag 2016 wurden die Gedenksteine der jüdischen Opfer - auch unserer Familie - aus dem Stadtpark Laatzen entfernt und symbolisch als Eselsbegräbnisse unter den Jahreszahlen 1939 – 1945 des faschistischen Ehrenmales in Alt-Laatzen abgelegt. Nochmals sollten Juden symbolisch ermordet werden.

8.

Die von der Stadt Laatzen an ein Ratsmitglied übersandten Petitionsschreiben einer jüdischen Familie – unserer Familie - zwecks Weiterreichung an alle Ratsmitglieder wurden von diesem Ratsmitglied nicht den Mitgliedern des Rates übergeben, sondern stattdessen auf der offenen Haustürterrasse der jüdischen Familie – unserer Familie - witterungsungeschützt abgelegt..

9.

Photocollagenbilder mit der dadurch gefälschten Abbildung einer Jüdin als Hure in Kopulationsstellung wurden nicht verurteilt. Entsprechende Photocollagenbilder sind der Stadt Laatzen bekannt und bei ihr hinterlegt.

10.

Die Benennung der in Laatzen wohnhaften jüdischen Familie – unserer Familie - mit:
„Juden als Köterrassen - noch immer fließt Blut von ihren Händen,
kein anderes Volk hat weltweit Menschen derart verachtet, massakriert.“
wurde von der Stadt Laatzen trotz Aufforderung nicht verurteilt.

11.

Der auch gegen jüdische Personen in Laatzen – unsere Familie - gerichtete beleidigende Ausruf „Judenpresse, Judenpack; Feuer und Benzin für euch“ des Vorsitzenden der Partei „Die Rechte“ wurde von der Stadt Laatzen trotz Aufforderung nicht verurteilt.

Dem Niedersächsischen Landtag und dem Deutschen Bundestag ist hierzu die Petition mit folgendem Betreff vorgelegt worden:

Juden als Köterrassen
Verschweigen und Beschweigen von Judenhassangriffen auf Angehörige der
Ermordeten der Schoa in der Region Hannover
Herabwürdigung einer Jüdin durch individualbezogene geschlechtsehere-
verachtende Photocollagendarstellungen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Eggert,

diese an Sie als Amtsperson wie auch an Sie als Bürger der Stadt Laatzen persönlich gerichtete Petition bitten wir bis Chanukka 5785 / Weihnachten 2024 zu beantworten.

Mit freundlichen Grüßen,
Ehepaar



Gottschalk

Anlagen:

- 001 – Antrag zur Resolution Deutscher Bundestag vom 7.11.2024
- 002 – Antrag zur Resolution Deutscher Bundestag vom 18.1.2018
- 01 - Pressebericht vom 28.12.2012
- 02 - Pressebericht vom 18.5.2021
- 03 - Erklärung des Ratsmitgliedes als Beklagter im Gerichtsverfahren AG Hannover [REDACTED] am 27.11.2014
- 04 - Erklärung des Deutschen Bundestages vom 26.2.2015
- 05 - Pressebericht 10.4.2014
- 06 - Pressebericht 17.11.2014
- 07 - Pressebericht vom 16.11.2016
- 08 - Pressebericht 6.8.2023
- 09 - Photocollagenbrief vom 16.10.2020 – anonymisiert
- 10 - Pressebericht vom 12.6.2018
- 11 - Pressebericht vom 23.2.2024
- 12 - Kurзорischer Überblick zu den herabwürdigenden Geschehnissen enthält die Presseerklärung vom 1.9.2024